

Verordnung

vom 15. März 2011

Inkrafttreten:

24.01.2011

zur Änderung der Verordnung über die Gebühren im Bereich der Fremdenpolizei

Der Staatsrat des Kantons Freiburg

auf Antrag der Sicherheits- und Justizdirektion,

beschliesst:

Art. 1

Die Verordnung vom 10. Dezember 2007 über die Gebühren im Bereich der Fremdenpolizei (SGF 114.22.16) wird wie folgt geändert:

Art. 2 Gebühren

a) Gestützt auf Bundesrecht

¹ Die vom Amt *[für Bevölkerung und Migration]* gestützt auf Artikel 8 GebV-AuG erhobenen Gebühren betragen: **Fr.**

- | | |
|---|------|
| a) Ermächtigung zur Visumerteilung
oder Zusicherung einer Bewilligung | 95.– |
| b) Kurzaufenthalts-, Aufenthalts- und
Grenzgängerbewilligung sowie deren Erneuerung | 95.– |
| c) Bewilligung des Stellenantritts und
des Kantons-, Stellen- und Berufswechsels | 95.– |
| d) Erteilung einer Niederlassungsbewilligung | 95.– |
| e) Verlängerung der Kurzaufenthalts-, Aufenthalts-
oder Grenzgängerbewilligung | 75.– |
| f) Verlängerung der Kontrollfrist
des Ausländerausweises
über die Niederlassungsbewilligung | 65.– |

g) Verlängerung der Frist, während der die Niederlassungsbewilligung bei Auslandsaufenthalt bestehen bleibt	65.–
h) Verlängerung des Ausländerausweises für vorläufig aufgenommene Personen	40.–
i) Ausstellung eines Duplikatausweises	40.–
j) Adressänderung im Zentralen Migrationsinformationssystems (ZEMIS)	25.–
k) Prüfung aller übrigen Änderungen eines Ausländerausweises	40.–
l) Einholen eines Strafregisterauszugs	25.–
² Die Gebühren im Zusammenhang mit der Ausstellung und der Herstellung von Ausländerausweisen betragen:	Fr.
a) für die Ausstellung, für den Ersatz und für alle übrigen Änderungen eines biometrischen Ausländerausweises	22.–
b) für die Ausstellung, für den Ersatz und für alle übrigen Änderungen eines nicht biometrischen Ausländerausweises	10.–

³ Die Gebühren im Zusammenhang mit der Abnahme und der Erfassung biometrischer Daten betragen 20 Franken.

⁴ Für Ausländerinnen und Ausländer, die sich auf das Freizügigkeitsabkommen oder das EFTA-Übereinkommen berufen können, beträgt die Höchstgebühr für das Bewilligungsverfahren nach Absatz 1 Bst. a, b, c oder e sowie für die Ausstellung und Herstellung des Ausländerausweises nach Absatz 2 Bst. b gesamthaft 65 Franken.

⁵ Ledige Personen unter 18 Jahren entrichten für die Leistungen nach Absatz 1 Bst. j und l eine Gebühr von 12.50 Franken. Für die übrigen Verfügungen und Leistungen beträgt die Gebühr 30 Franken. Für Personen, die sich auf das Freizügigkeitsabkommen oder das EFTA-Übereinkommen berufen können, sind in diesen Gebühren auch die Leistungen im Zusammenhang mit der Ausstellung und der Herstellung des Ausländerausweises nach Absatz 2 Bst. b inbegriffen.

⁶ Legen Ausländerinnen und Ausländer, die sich auf das Freizügigkeitsabkommen oder das EFTA-Übereinkommen berufen können, eine Zusage der Bewilligung (Abs. 1 Bst. a) vor, so wird ihnen die Kurzaufenthalts-, Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung kostenlos ausgestellt.

⁷ Für Familienangehörige von Schweizerinnen und Schweizern, die sich auf Artikel 42 Abs. 2 AuG berufen können, gelten die Absätze 4–6 sinngemäss.

⁸ Für Verfügungen und Dienstleistungen, die mehr als zwölf Personen gemeinsam veranlassen, wird eine Gruppengebühr erhoben. Sie beträgt höchstens die Summe von zwölf Gebühren nach den Absätzen 1, 4, 5 und 7.

Art. 2

Diese Verordnung wird rückwirkend auf den 24. Januar 2011 in Kraft gesetzt.

Der Präsident:

E. JUTZET

Die Kanzlerin:

D. GAGNAUX